



## Beschluss

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i. V. m. § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV

wegen Festlegung über die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19 und 20 ARegV

hat die Beschlusskammer 8 der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen, Tulpenfeld 4, 53113 Bonn,

durch den Vorsitzenden Karsten Bourwieg,

den Beisitzer Stefan Albrecht

und den Beisitzer Bernd Petermann

am 20.02.2018 beschlossen:

1. Allen Betreibern von Elektrizitätsverteilernetzen im Sinne des § 3 Nr. 3 EnWG, die kein geschlossenes Verteilernetz nach § 110 EnWG betreiben und die für die dritte Regulierungsperiode keine Genehmigung zur Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 Abs. 1 ARegV erhalten haben, wird aufgegeben, die zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit erforderlichen Daten bis spätestens zum 30.04.2018 elektronisch an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Dies umfasst Daten für die Bestimmung der Kennzahlenwerte zu den Versorgungsunterbrechungen sowie zusätzliche Daten zur Bestimmung von Kennzahlenvorgaben (Referenzwerte) und Daten für die Bestimmung der monetären Auswirkung (Bonus/Malus) auf die individuelle Erlösobergrenze. Dabei sind die Daten in dem Umfang, in der Struktur und mit dem Inhalt, wie sie in der Anlage 1 (Erhebungsbogen) vorgegeben sind, unter Berücksichtigung der darin enthaltenen Datendefinitionen zu übermitteln.

(Die Anlage 1 ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 8“ → „Aktuelles“)

2. Die Erfassung und Übermittlung der Daten haben die unter Ziffer 1 genannten Netzbetreiber nach Maßgabe der nachfolgenden Vorgaben durchzuführen:
  - a) Der Erhebungsbogen ist ausschließlich elektronisch, unter Nutzung der aktuellen Version der von der Bundesnetzagentur zum Download bereitgestellten xlsx-Datei (Anlage 1) vollständig und richtig ausgefüllt zu übermitteln. Beim Ausfüllen der xlsx-Datei darf keine Veränderung an der Struktur vorgenommen werden. (Die Anlage 1 ist abrufbar auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>, Menüpunkte: „Beschlusskammern“ → „Beschlusskammer 8“ → „Aktuelles“.)
  - b) Den Datensätzen des Erhebungsbogens sind die darin aufgeführten Datendefinitionen zugrunde zu legen.
  - c) Maßgeblich zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit sind die Daten zum 31.12.2015, 31.12.2016 und zum 31.12.2017.
  - d) Für die elektronische Übermittlung des Erhebungsbogens haben die Netzbetreiber das Energiedatenportal der Bundesnetzagentur zu nutzen. (Das Energiedatenportal ist direkt zugänglich unter der Adresse: <https://app.bundesnetzagentur.de/Energie>). Sämtliche Dokumente müssen vor der Übertragung im Energiedatenportal mit dem im Internet bereitgestellten Verschlüsselungsprogramm (zu finden auf der Internetseite der Bundesnetzagentur unter der Adresse: <http://www.bundesnetzagentur.de>; Menüpunkte: „Elektrizität und Gas“ → „Datenaustausch und Monitoring“ → „Informationen zur Datenübermittlung“ → „Energiedatenportal“) verschlüsselt werden.

## Gründe

### I.

1. Die Bundesnetzagentur hat durch Mitteilung auf ihrer Internetseite am 03.01.2018 und im Amtsblatt 01/2018 vom 10.01.2018 ein Verfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV und §§ 19 und 20 ARegV zur Festlegung über die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom eingeleitet.
2. Die Regulierungsbehörde entscheidet gemäß § 19 Abs. 1 und 2 ARegV über die Ausgestaltung und den Beginn der Anwendung des Qualitätselementes.

Die Festlegung über die zu erhebenden Daten zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom berücksichtigt die Erkenntnisse aus dem „Gutachten zur Konzeptionierung und Ausgestaltung des Qualitäts-Elementes (Q-Element) im Bereich Netzzuverlässigkeit Strom sowie dessen Integration in die Erlösbergrenze“ der CONSENTEC GmbH in Kooperation mit der Forschungsgemeinschaft für Elektrische Anlagen und Stromwirtschaft e. V. und Frontier Economics Limited<sup>1</sup>, welches im Auftrag der Bundesnetzagentur erstellt wurde. Weiterhin werden die Erkenntnisse aus den Qualitätsregulierungsverfahren der ersten und zweiten Regulierungsperiode Strom sowie das Gutachten „Bestimmung der Referenzwerte für das Qualitätselement 2017-2018“ der Consentec GmbH vom 22.02.2017 berücksichtigt.

3. Den betroffenen Wirtschaftskreisen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Entwurf des Festlegungstextes bis zum 26.01.2018 gegeben. Bis zum Ablauf dieser Frist sind 63 Stellungnahmen eingegangen. Diese Stellungnahmen thematisieren im Wesentlichen folgende Aspekte:

#### 3.1 Frist zur Datenabgabe

In den Stellungnahmen wurde gefordert, die Frist zur Abgabe der Daten zum Qualitätselement (30.04.2018) zu verschieben. Um eine sachgerechte Aufarbeitung und Plausibilisierung beider Datensätze zu ermöglichen, müsse die Frist nach dem 30.04.2018 enden, frühestens jedoch am 31.05.2018. Es wurde darauf hingewiesen, dass einige Strukturdaten wie die Fläche oder die Jahreshöchstlast erst nach dem 30.04.2018 vorliegen würden. Überdies könnten etwaige Korrekturen aufgrund der parallel zu übermittelnden Datenmeldungen nach § 52 EnWG so keine Berücksichtigung finden.

---

<sup>1</sup> Veröffentlicht auf der Internetseite der Bundesnetzagentur: [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)

### 3.2 Verwendung der Daten des Kalenderjahres 2015

Die Einbeziehung der bereits im vorherigen Verfahren geprüften Daten zum Qualitätselement des Kalenderjahres 2015 wurde seitens der Netzbetreiber kontrovers bewertet. Zum einen wurde begrüßt, dass die Daten 2015 nicht noch einmal abgefragt würden, zum anderen wurde aber auch vorgebracht, dass eine Korrektur der Daten 2015 seitens des Netzbetreibers nicht mehr möglich sei.

Es wurde zudem darauf hingewiesen, dass die Daten des Kalenderjahres 2015 - unter Beibehaltung der Systematik - für 4 Jahre in die Ermittlung des Qualitätselementes einfließen würden und dies je nach Stochastik positive oder negative Auswirkungen auf das individuelle Ergebnis haben würde. Der Ansatz würde der beabsichtigten Dämpfung der Volatilität widersprechen. Die Methodik sollte daher sicherstellen, dass einzelne Jahresscheiben zu gleichen Anteilen berücksichtigt werden bzw. es sollten ausnahmsweise nur die Daten 2016 und 2017 verwendet werden. Der Wunsch nach einer jährlichen Festlegung des Qualitätselements, um die einmalige Doppelberücksichtigung des Jahres 2015 zu vermeiden, wurde nicht von allen Netzbetreibern geteilt.

### 3.3 Datendefinitionen

Weiterhin wurde vorgetragen, dass aus Konsistenzgründen die abgefragten Daten definitorisch denen der vergangenen Datenerhebung entsprechen sollten.

### 3.4 Strukturparameter

Das Vorgehen, weitere Strukturparameter abzufragen, wurde grundsätzlich befürwortet. Es wurde jedoch angemerkt, dass es an einer hinreichenden Begründung fehle, weshalb neben der zeitlichen Jahreshöchstlast und der Fläche auch die Anschlusspunkte und die Stromkreislänge abgefragt würden. Anknüpfungspunkte fänden sich nicht in dem CONSENTEC-Gutachten aus dem Jahr 2010.

### 3.5 Höhere Gewalt

Es wurde vorgebracht, dass der seitens der Bundesnetzagentur gesetzte Rahmen hinsichtlich der Anerkennung von Versorgungsunterbrechungen als Höhere Gewalt zu eng sei und somit einzelne Versorgungsunterbrechungen in die Ermittlung des Qualitätselementes Eingang finden würden, die nach Auffassung der Netzbetreiber jedoch Höhere Gewalt darstellen würden.

### 3.6 Erhebungsbogen

Darüber hinaus wurde auf Fehler in einzelnen Datendefinitionen, auf fehlerhafte Formeln und auf Hindernisse beim Befüllen des Erhebungsbogens hingewiesen.

4. Die Landesregulierungsbehörden sind gemäß § 55 Abs. 1 S. 2 EnWG mit E-Mail vom 16.11.2017 über die Einleitung des Verfahrens benachrichtigt worden. Am 23.11.2017 wurde dem Länderausschuss der Festlegungsentwurf übermittelt und diesem die Gelegenheit zur Stellungnahme gemäß § 60a Abs. 2 S. 1 EnWG gegeben. Dem Bundeskartellamt und den Landesregulierungsbehörden, wurde gemäß § 58 Abs. 1 S. 2 EnWG Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
5. Wegen der weiteren Einzelheiten wird auf den Inhalt der Akten Bezug genommen.

## II.

### 1. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur in Bezug auf die Datenerhebung ergibt sich aus § 54 Abs. 1 Hs. 1 EnWG, § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV in Verbindung mit § 19 Abs. 1 ARegV und § 20 Abs. 4 ARegV. Danach sind die Kennzahlenvorgaben unter Heranziehung der Daten von Netzbetreibern aus dem gesamten Bundesgebiet zu ermitteln und die Landesregulierungsbehörden haben das Recht, auf die von der Bundesnetzagentur ermittelten Kennzahlenvorgaben zurück zu greifen. Die Zuständigkeit der Bundesnetzagentur ergibt sich aus § 54 Abs. 1 Hs. 1 EnWG, die der Beschlusskammer aus § 59 Abs. 1 S. 1 EnWG.

### 2. Ermächtigungsgrundlage

Die Festlegung über die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19 und 20 ARegV erfolgt auf Grundlage des § 29 Abs. 1 EnWG in Verbindung mit § 27 Abs. 1 S. 2 Nr. 4 ARegV. Danach kann die Regulierungsbehörde die zur Bestimmung der Erlösobergrenze notwendigen Tatsachen ermitteln und von den Netzbetreibern die notwendigen Daten zur Bestimmung des Qualitätselementes nach § 19 ARegV erheben.

### 3. Adressatenkreis

Das Qualitätselement ist nach Maßgabe des § 20 ARegV unter Heranziehung der Daten von Elektrizitätsverteilernetzbetreibern aus dem gesamten Bundesgebiet zu ermitteln. Gemäß § 24 Abs. 3 ARegV findet das Qualitätselement nach § 19 ARegV auf Netzbetreiber im vereinfachten Verfahren keine Anwendung. Eine Abfrage von Daten gemäß dieser Festlegung würde die Netzbetreiber im vereinfachten Verfahren unverhältnismäßig belasten und würde dem Sinn und Zweck der Regelung des § 24 ARegV entgegenstehen. Aus diesem Grund sind von Elektrizitätsverteilernetzbetreibern, die eine Genehmigung zur Teilnahme am vereinfachten Verfahren für die dritte Regulierungsperiode erhalten haben, keine Daten an die Bundesnetzagentur zu melden. Die übrigen Elektrizitätsverteilernetzbetreiber, die im Regelverfahren in Zuständigkeit der Landesregulierungsbehörden sind, haben Daten an die Bundesnetzagentur zu übermitteln, da die Bundesnetzagentur nach § 19 Abs. 1 und § 20 Abs. 4 ARegV für diese Netzbetreiber Kennzahlenvorgaben zu ermitteln hat. Auf Betreiber geschlossener Verteilernetze sind die Vorgaben der auf Grundlage des § 21a EnWG erlassenen ARegV nach § 110 Abs. 1 EnWG nicht anzuwenden.

#### 4. Netzübergänge

Die Daten hinsichtlich der Kennzahlenwerte zur Netzzuverlässigkeit und der Strukturparameter sind für das Netz entsprechend den tatsächlichen Gegebenheiten jeweils zum 31. Dezember eines Kalenderjahres anzugeben. Die Daten haben somit das jeweils zum 31.12. eines Kalenderjahres vorhandene Netz abzubilden. Eine Bereinigung der Daten um Netzübergänge erfolgt somit nicht.

Netzübergänge werden dadurch berücksichtigt, dass eine arithmetische und ungewichtete Mittelung über die im jeweiligen Kalenderjahr tatsächlich festgestellten und dem Netz zuzuordnenden Kennzahlenwerte sowie der Strukturparameter zur Bestimmung des Qualitätselementes erfolgt.

Eine rückwirkende Abbildung des vorhandenen Netzgebiets zum Zeitpunkt der Datenübermittlung entfällt. Dies mindert den Erhebungsaufwand bei den Netzbetreibern.

Führt ein Netzübergang nach dem 31.12.2017 zu einer Neugründung eines Netzbetriebes, so erfolgt für diesen neugegründeten Netzbetrieb keine Bestimmung eines Qualitätselementes. Für Netzübergänge ab dem 01.01.2018 können die bestimmten Zu- oder Abschläge auf die Erlösobergrenzen bzw. Anteile davon im Wege des Verfahrens nach § 26 ARegV übertragen werden.

#### 5. Zeitpunkt der Datenübermittlung

In der Festlegung wird eine Übermittlung der Daten bis zum 30.04.2018 bestimmt. Die Bestimmung einer entsprechenden Frist zur Datenübermittlung ist erforderlich, um zu dem vorgegebenen Zeitpunkt die Daten aller Elektrizitätsverteilernetzbetreiber zur Verfügung zu haben und anhand dieser Daten die Bestimmung des Qualitätselementes operativ umsetzen zu können.

Die Beschlusskammer weiß um die hohe Belastung auf Grund von Datenübermittlungen und -erhebungen, insbesondere parallel zum laufenden Verfahren zur Bestimmung des Ausgangsniveaus für die Erlösobergrenze. Auch deshalb beabsichtigt die Beschlusskammer die Methodik für das Vorgehen für die Kalenderjahre 2019 und 2020 unverändert zu lassen, so dass Dateninhalte und -formate den Adressaten der Verpflichtung geläufig sind und aufbereitet vorliegen können.

Eine Aufbereitung und Plausibilisierung der im Rahmen des Qualitätselementes abgefragten Daten des Kalenderjahres 2016 ist den Netzbetreibern bereits weit im Vorfeld der Datenabfrage möglich. Es ist zudem möglich, bis zum 30.04.2018 die aggregierten Kennzahlen bezüglich der Versorgungsunterbrechungen für das Kalenderjahr 2017 beizubringen, zumal der Zeitpunkt der Datenübermittlung der Datensätze zu den Versor-

gungsunterbrechungen des Kalenderjahres 2017 zum Qualitätselement dem Zeitpunkt der Datenabgabe nach § 52 EnWG entspricht. Es dürften sich keine Abweichungen in diesen inhaltsgleichen Datensätzen ergeben. Die Beschlusskammer stellt zudem sicher, dass etwaige Korrekturen der Daten nach § 52 EnWG auch bei dem Datensatz zum Qualitätselement Berücksichtigung finden.

Die Netzbetreiber müssen überdies gemäß § 27 StromNEV bereits zum 1. April eines Kalenderjahres die versorgte Fläche und gemäß § 17 StromNZV unverzüglich die Jahreshöchstlast veröffentlichen.

Die Anordnung der Frist 30.04.2018 ist im Übrigen auch erforderlich, um eine fristgerechte Festlegung der individuellen Qualitätselemente möglichst zu gewährleisten. Die Datenübermittlung zu einem späteren Zeitpunkt als dem 30.04.2018 würde dazu führen, dass die Festlegung der individuellen Qualitätselemente mit einem angemessenen Vorlauf zu dem für die Entgeltbildung relevanten Zeitpunkt bereits im Vorhinein in Frage gestellt wäre. Erst durch die Anordnung der Frist wird der Bundesnetzagentur die Möglichkeit eröffnet, die Datenübermittlungsverpflichtung gegebenenfalls nach § 94 EnWG durchzusetzen.

## 6. Datenumfang

6.1. Der zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom notwendige Datenumfang ergibt sich aus Anlage 1 und berücksichtigt die Erkenntnisse des „Gutachtens zur Konzeptionierung und Ausgestaltung des Qualitätselementes (Q-Element) im Bereich Netzzuverlässigkeit Strom und dessen Integration in die Erlösobergrenze“ der CONSENTEC GmbH in Kooperation mit der Forschungsgemeinschaft für Elektrische Anlagen und Stromwirtschaft e. V. und Frontier Economics Limited<sup>2</sup>. Weiterhin werden die Erkenntnisse aus dem Gutachten „Bestimmung der Referenzwerte für das Qualitätselement 2017-2018“ der Consentec GmbH und aus den bisherigen Qualitätsregulierungsverfahren der ersten und zweiten Regulierungsperiode berücksichtigt.

6.2. Zulässige Kennzahlen für die Bewertung der Netzzuverlässigkeit sind nach § 20 Abs. 1 ARegV insbesondere die Dauer der Unterbrechung der Energieversorgung, die Häufigkeit der Unterbrechung der Energieversorgung, die Menge der nicht gelieferten Energie und die Höhe der nicht gedeckten Last. Für die Netzzuverlässigkeit werden im Elektrizitätsverteilernetz die Kennzahl SAIDI (System Average Interruption Duration Index) für die Niederspannungsebene und die Kennzahl ASIDI (Average System Interruption Duration Index) für die Mittelspannungsebene herangezogen.

---

<sup>2</sup> Veröffentlicht auf der Internetseite der Bundesnetzagentur: [www.bundesnetzagentur.de](http://www.bundesnetzagentur.de)



Die Kennzahlen SAIDI bzw. ASIDI (Nichtverfügbarkeitsindizes) beschreiben allgemein die mittlere kumulierte Dauer von Versorgungsunterbrechungen für einen Kunden in einem definierten Zeitraum.

- 6.3. Die Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit im Elektrizitätsverteilernetz knüpft an die Vorgaben der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22.02.2006 (Az. 605/8135) und auf die in diesem Zusammenhang zu meldenden Versorgungsunterbrechungsdaten an. Die Netzbetreiber haben die Daten zur Ermittlung der Kennzahlen SAIDI und ASIDI unter Beachtung der Regelungen der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22.02.2006 (Az. 605/8135) und den Vorgaben der Anlage 1 an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Weichen die übermittelten Daten von in den vergangenen Jahren gemäß § 52 EnWG an die Bundesnetzagentur gemeldeten Daten ab, so sind diese Abweichungen zu begründen und gegebenenfalls nachzuweisen.

Nach der Allgemeinverfügung nach § 52 S. 5 EnWG vom 22. Februar 2006 (Az. 605/8135) werden geplante und ungeplante Versorgungsunterbrechungen, bei denen Letztverbraucher oder Weiterverteiler länger als 3 Minuten unterbrochen waren, erhoben. Eine Erfassung von Versorgungsunterbrechungen mit einer Dauer von weniger oder gleich 3 Minuten erfolgt nicht.

Die Berücksichtigung von Kennzahlenwerten für die Netzzuverlässigkeit (SAIDI- bzw. ASIDI-Werte) umfasst drei Berichtsjahre, da die SAIDI/ASIDI-Werte zur Dämpfung von Volatilitäten über drei Kalenderjahre arithmetisch und ungewichtet gemittelt werden. Mit Stand zum 31.12.2016 und 31.12.2017 sind die zu erhebenden Strukturdaten aus zwei Kalenderjahren zu übermitteln. Die Daten zum 31.12.2015 liegen der Bundesnetzagentur aufgrund der Festlegung BK8-15/001 bereits vor.

- 6.4. Gemäß § 20 Abs. 2 ARegV sind bei der Ermittlung der Kennzahlenvorgaben (Referenzwerte) gebietsstrukturelle Unterschiede zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wurden im Rahmen des „Gutachtens zur Konzeptionierung und Ausgestaltung des Qualitätselementes (Q-Element) im Bereich Netzzuverlässigkeit Strom und dessen Integration in die Erlösobergrenze“ (Ausgangsgutachten) der Consentec Consulting für Energiewirtschaft und -technik GmbH in Kooperation mit der Forschungsgemeinschaft für elektrische Anlagen und Stromwirtschaft e. V. (FGH) und Frontier Economics Limited in Betracht kommende Strukturparameter analysiert. Eine erneute Analyse fand im Rahmen des Gutachtens „Bestimmung der Referenzwerte für das Qualitätselement 2017-2018“ der Consentec GmbH statt.

Darauf Bezug nehmend werden folgende Strukturparameter sowohl für die Niederspannung als auch für die Mittelspannung erhoben:

- zeitgleiche Jahreshöchstlast,
- geografische Fläche für die Mittelspannungsebene bzw. versorgte Fläche für die Niederspannungsebene,
- Stromkreislänge getrennt nach Kabel und Freileitung und
- Anzahl der Anschlusspunkte.

Der Hinweis in den Stellungnahmen, dass sich für die Strukturparameter Anschlusspunkte und Stromkreislänge keine Anknüpfungspunkte in dem Consentec-Gutachten aus dem Jahr 2010 finden würden, ist nicht zutreffend. Die vorgenannten Strukturparameter werden auf Seite 72 des Ausgangsgutachtens aufgeführt.

Anhand der erhobenen Daten wird überprüft, welche Strukturparameter bzw. welche Kombination von Strukturparametern am besten geeignet sind, um die nach § 20 Abs. 2 S. 2 ARegV geforderten gebietsstrukturellen Unterschiede hinreichend abzubilden.

Die Beschlusskammer beabsichtigt, das vierte Qualitätselement (Strom) für die Jahre 2019 und 2020 festzulegen und erachtet es als erforderlich an, die methodischen Ansätze für die zukünftige Anwendung des Qualitätselements (Strom) grundlegend zu überprüfen. Daher ist es beabsichtigt, möglichst zeitnah ein Gutachten zur Weiterentwicklung der bestehenden Qualitätsregulierung auf Basis der Netzzuverlässigkeit der Elektrizitätsverteilernetze auszuschreiben. Die Erkenntnisse aus diesem Gutachten sollen in die Datenabfrage und sodann in die Festlegung des fünften Qualitätselements (Strom) ab dem Jahr 2021 einfließen.

Vor diesem Hintergrund ist beabsichtigt, das auf der vorliegenden Datenfestlegung aufsetzende Qualitätselement lediglich für die ersten beiden Jahre der dritten Regulierungsperiode festzulegen, also für die Jahre 2019 und 2020. Diese kürzere Zeitspanne dient zum einen der Verhältnismäßigkeit des Qualitätselements und zum anderen verwaltungspraktischen Erwägungen, die eine angemessene Vorlaufzeit für die sorgfältige Überprüfung und nachfolgende Konsultation der ggf. modifizierten Methodik erfordern.

6.5. Die Kennzahlenvorgaben sind nach Maßgabe des § 20 ARegV in Zu- oder Abschläge umzusetzen. Dabei ist die Differenz zwischen dem errechneten Referenzwert und dem individuellen Kennzahlenwert der entsprechenden Netzebene des Netzbetreibers mit der Anzahl der angeschlossenen Letztverbraucher und mit dem Monetarisierungsfaktor zu multiplizieren. Die Entscheidung über eine geeignete Referenzfunktion zur Bestimmung des jeweiligen Referenzwertes kann erst nach der Plausibi-

lisierung und Analyse der Daten erfolgen und kann somit nicht Gegenstand dieser Festlegung sein.

- 6.6. Dabei sind sowohl die Daten zur Bestimmung der Kennzahlenwerte als auch die Daten zur Bestimmung der Kennzahlvorgaben der beiden Kalenderjahre 2016 und 2017 zu erheben. Die entsprechenden Daten aus dem Kalenderjahr 2015 stehen zur Ermittlung der Qualitätselemente bereits zur Verfügung und wurden durch die Bundesnetzagentur diversen Plausibilitätskontrollen unterzogen (vgl. Abschnitt II.7). Der Verzicht auf eine erneute Erhebung dieser Daten aus dem Kalenderjahr 2015 dient einer Vereinfachung bei der Datenerhebung und der Entlastung von betroffenen Netzbetreibern.

Es ist nicht ersichtlich und überdies auch nicht konkret vorgetragen, aus welchen Gründen die bereits geprüften Daten des Kalenderjahres 2015 zum jetzigen Zeitpunkt einer Korrektur bzw. einer erneuten Bewertung bedürften. Die Netzbetreiber können überdies im Laufe des Plausibilisierungsverfahrens zu den verwendeten Daten Stellung nehmen. Etwaige einzelne Datenkorrekturen rechtfertigen jedoch nicht eine generelle erneute Standardabfrage der Daten des Kalenderjahres 2015.

Bezüglich der Abfrage von Flächendaten haben sich aufgrund einer Umstellung bei den statistischen Landesämtern – insbesondere in der Niederspannung – Flächenzuordnungen geändert, so dass die Definition der Fläche 2015 unter Umständen nicht konsistent zu der Datendefinition der Fläche 2016 und 2017 ist. Die Bundesnetzagentur wird nach Eingang der Daten insbesondere die Flächenangaben prüfen, um Verzerrungen durch die Anwendung der Flächendaten zu vermeiden.

- 6.7. Inwieweit die erneute Berücksichtigung der Daten des Kalenderjahres 2015 stochastische Auswirkungen auf das individuelle Ergebnis bzw. auf das methodische Vorgehen hat, kann erst nach Auswertung der Daten 2016 und 2017 beurteilt werden. Es handelt sich somit um eine Frage der inhaltlichen Bewertung der zu erhebenden Daten. Grundsätzlich ist jedoch darauf hinzuweisen, dass zum einen die Mittelwertbildung der SAIDI/ASIDI- Kennzahlen in der Vergangenheit dazu diente, stochastische Auswirkungen zu reduzieren. Zum anderen werden zur Begrenzung der möglicherweise eintretenden starken Auswirkung auf die Erlösobergrenze, die den Netzbetreibern maximal aus dem Qualitätselement entstehen kann, Kappungsgrenzen berücksichtigt. Die Abfrage der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten getrennt nach Kostenstellen ist notwendig, um den Erlösanteil sachgerecht abbilden zu können, der zur Bestimmung der Kappungsgrenzen herangezogen wird.

6.8. Für die Hoch- und Höchstspannungsebene ist weiterhin keine Qualitätsregulierung vorgesehen, da die bei der Bundesnetzagentur vorliegende Datengrundlage keine Berechnung belastbarer Zuverlässigkeitskenngrößen für diese Netzebenen zulässt.

6.9. Hinsichtlich der sich nach Maßgabe der vorherigen Ausführungen ergebenden und zu übermittelnden Daten wird auf die Anlage 1 verwiesen. Zu übermitteln sind insbesondere:

- Aggregierte Angaben und Kennzahlen zu den Versorgungsunterbrechungen in der Niederspannungs- und in der Mittelspannungsebene (vgl. 6.2. – 6.3.)
- Zeitgleiche Jahreshöchstlast aller Entnahmen der Niederspannungs- und in der Mittelspannungsebene (vgl. 6.4.)
- Geografische Fläche in der Mittelspannungsebene (vgl. 6.4.)
- Versorgte Fläche in der Niederspannungsebene (vgl. 6.4.)
- Stromkreislänge in der Nieder- und Mittelspannungsebene (vgl. 6.4.)
- Anschlusspunkte in der Nieder- und Mittelspannungsebene (vgl. 6.4.)
- Anzahl der Letztverbraucher der Niederspannungs- und in der Mittelspannungsebene (vgl. 6.5.)
- Erlösobergrenze und die jeweiligen Anteile der einzelnen Netz- und Umspannebenen an der Erlösobergrenze sowie die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile (vgl. 6.6.)

Bei der Abfrage gemäß § 52 EnWG und der Erhebung im Rahmen des Qualitätselementes handelt es sich um keine Doppelerhebung. Im Rahmen der Datenerhebung gemäß § 52 EnWG werden einzelne Daten zu Versorgungsunterbrechungen erhoben, während im Erhebungsbogen zur Qualitätsregulierung lediglich aggregierte Angaben und Kennzahlen zur Netzzuverlässigkeit und weitere Struktur- und Erlösdaten abgefragt werden. Zudem liegen der Beschlusskammer auch aus anderen Verfahren nicht alle zur Berechnung der Qualitätselemente notwendigen Daten vor (z. B. Strukturdaten, Erlösobergrenzen etc.).

Diese Datenabfrage dient der vollständigen und richtigen Erfassung von Daten zur Bestimmung des Qualitätselementes und stellt keine Doppelerhebung von Daten dar. Soweit Daten gemäß § 52 EnWG und § 35 EnWG im Verfahren herangezogen werden, dient dies dem Zweck der Durchführung von Plausibilitätskontrollen.

Darüber hinaus ist der Netzbetreiber in der Verantwortung, für das Verfahren der Qualitätsregulierung die aus seiner Sicht richtigen Daten an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Sollte sich bei der Durchführung der Datenanalyse herausstellen, dass für die sachgerechte Ermittlung der Qualitätselemente weitere Daten erforderlich sind, so behält sich die Beschlusskammer vor, diese weiteren Daten bei den Netzbetreibern abzufragen.

## 7. Einheitliche Datengrundlage

- 7.1. Die einzelnen Schritte zur Bestimmung des Qualitätselementes erfordern eine Auswertung von unternehmensscharfen Kennzahlen bezüglich ihrer Versorgungsunterbrechungen sowie der zusätzlichen Daten zur Bestimmung der Referenzwerte und der Bestimmung der Auswirkung auf die individuelle Erlösobergrenze. Dafür wird der Aufbau eines einheitlich aktualisierten und über die bisher bei der Bundesnetzagentur vorliegenden Daten hinausgehenden Datenbestandes in dem aus der Anlage 1 ersichtlichen Umfang notwendig.
- 7.2. Die Festlegung für die Datenerhebung zur Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom nach den §§ 19 und 20 ARegV dient der Verwirklichung eines effizienten Netzzugangs und der Ziele des § 1 Abs. 1 EnWG. Eine belastbare, einheitliche Datengrundlage ist unabdingbare Voraussetzung für die Kennzahlen- und Referenzwertbildung im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit Strom.
- 7.3. Zur Sicherstellung einer hinreichend belastbaren Datengrundlage wird die Bundesnetzagentur außerdem die übermittelten Daten einer netzbetreiberindividuellen Plausibilitätsprüfung unterziehen. Es wird insbesondere die Konsistenz der Daten des übermittelten Datensatzes mit bislang vom Netzbetreiber zu Regulierungszwecken an die Regulierungsbehörden gemeldeten Daten bzw. von Netzbetreibern veröffentlichten Daten überprüft. Weiterhin werden Quervergleiche über alle am Verfahren teilnehmenden Netzbetreiber durchgeführt. Im Rahmen der Datenabfrage und Plausibilisierung sind die Netzbetreiber gehalten, entsprechende Erläuterungen bzw. Nachweise auf Nachfrage der Bundesnetzagentur zu übermitteln.

Wird eine Versorgungsunterbrechung dem Störungsanlass höhere Gewalt zugeordnet, ist dies näher zu erläutern. Hierzu hat die Bundesnetzagentur Hinweise zur Zuordnung von Versorgungsunterbrechungen zum Störungsanlass höhere Gewalt veröffentlicht. Die Hinweise sind über die Internetseite der Bundesnetzagentur abrufbar

([https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Qualitaetsselement/HinweiseHoehereGewalt.pdf](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Netzentgelte/Strom/Qualitaetsselement/HinweiseHoehereGewalt.pdf)).

Der Netzbetreiber hat die Zuordnungen zum Störungsanlass höhere Gewalt nachvollziehbar und überprüfbar darzulegen. Ist dies im Zusammenhang mit den Meldepflichten bei Versorgungsunterbrechungen nach § 52 EnWG nicht bereits erfolgt, so hat der Netzbetreiber die Möglichkeit, dies im Rahmen der vorliegenden Datenabfrage nachzuholen.

Bei der Bestimmung des Qualitätselementes ist grundsätzlich jede Versorgungsunterbrechung zu berücksichtigen, da diese zu einer schlechteren Versorgungsqualität führt und für Verbraucher mit Unannehmlichkeiten verbunden ist. Angaben und Erläuterungen zur höheren Gewalt sind daher im Einzelnen hinsichtlich ihrer Plausibilität im Rahmen des weiteren Verfahrens eingehend zu überprüfen. Die abschließende Entscheidung darüber, welche Versorgungsstörung im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes höhere Gewalt darstellt, ist nicht Gegenstand dieser Festlegung.

- 7.4 Wie bereits im Rahmen der vorangegangenen Festlegung der individuellen Qualitätselemente wird die Beschlusskammer den Netzbetreibern nach der Datenprüfung wiederum Datenquittungen übermitteln.
- 7.5 Die Bereitstellung eines einheitlichen Datenformats ermöglicht die vereinfachte Dateneingabe auf der Grundlage einer nutzerfreundlichen Benutzeroberfläche. Dieses Datenformat gewährleistet ferner das Zustandekommen einheitlicher Datensätze im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes und ist somit eine notwendige Voraussetzung für eine zügige und verlässliche Kennzahlenbildung.
- 7.6 Der Erhebungsbogen (Anlage 1 zu dieser Festlegung) ist vollständig und richtig ausgefüllt und ohne Veränderung hinsichtlich der Struktur – beispielsweise durch Einfügen oder Streichen von einzelnen Tabellenblättern, Spalten oder Zeilen – über das Energiedatenportal der Bundesnetzagentur zu übermitteln. Der Erhebungsbogen stellt ausschließlich einen Eingabebogen dar, welcher schreibgeschützt zur Verfügung gestellt wird. Nur diese Vorgehensweise ermöglicht eine zügige und zuverlässige Datenplausibilitätsprüfung, Kennzahlen- und Referenzwertbildung. Die Anordnung, für die Datenübermittlung das von der Bundesnetzagentur bereitgestellte Energiedaten-Portal als Übertragungsweg zu verwenden, ermöglicht angesichts der großen Anzahl der Netzbetreiber einen möglichst fehlerfreien und strukturierten Datenrücklauf. Schriftliche Mitteilungen zur Änderung einzelner Felder des Erhebungsbogens oder die Übersendungen von Teilen oder von aktualisierten neuen Erhebungsbögen per E-Mail oder auf Datenträger erfüllen nicht die notwendigen Mindestvoraussetzungen und können aus technisch-administrativen Gründen nicht berücksichtigt werden. Bei Verletzung der oben genannten Verpflichtungen stehen der

Bundesnetzagentur die Befugnisse nach § 94 EnWG sowie nach § 30 ARegV zur Verfügung.

7.7 Der Erhebungsbogen wurde aufgrund der Hinweise in den Stellungnahmen überarbeitet. Die Festlegung zu Umfang, Zeitpunkt und Form der Datenerhebung ist zur Gewährleistung eines belastbaren, einheitlichen Datenbestandes als Basis für die Ermittlung des Qualitätselementes erforderlich und angemessen. Im Rahmen der Bestimmung des Qualitätselementes werden aus den Kennzahlenwerten die Kennzahlenvorgaben (Referenzwerte) als gewichtete Durchschnittswerte unter Berücksichtigung gebietsstruktureller Unterschiede ermittelt. Weicht ein Netzbetreiber hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit von den Kennzahlenvorgaben ab, so werden auf seine Erlösobergrenze Zu- oder Abschläge vorgenommen. Die Bedeutung der Kennzahlenermittlung für die nachfolgenden Prozessschritte macht nicht nur eine aussagekräftige, sondern auch eine ihrem Format nach einheitliche Datengrundlage erforderlich. Zur belastbaren und sachgerechten Ermittlung der Kennzahlenvorgaben müssen die unternehmensspezifischen Daten in dem in der Festlegung bestimmten Umfang gemeldet werden. Die durch die Vorgaben zu den einheitlichen Datenformaten und Übermittlungswegen entstehende Belastung der Unternehmen erweist sich vor diesem Hintergrund als erforderlich.

7.8 Die Belastung der Unternehmen hat die Bundesnetzagentur auch bei der Bestimmung des Umfangs insofern in ihre Betrachtung einbezogen, als sie den Umfang der Daten auf das Mindestmaß der für die Bestimmung des Qualitätselementes notwendigen Daten beschränkt hat. Vor diesem Hintergrund erweist sich die bei den Unternehmen durch den festgelegten Datenumfang entstehende Belastung als angemessen.

## 8. Bekanntmachung der Entscheidung

Da die Festlegung gegenüber einer Vielzahl betroffener Netzbetreiber erfolgt, nimmt die Beschlusskammer, in Ausübung des ihr nach § 73 Abs. 1a S. 1 EnWG zustehenden Ermessens, eine öffentliche Bekanntmachung der Festlegung vor. Die öffentliche Bekanntmachung wird dadurch bewirkt, dass der verfügende Teil der Festlegung, die Rechtsbehelfsbelehrung und ein Hinweis auf die Veröffentlichung der vollständigen Entscheidung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur und im Amtsblatt der Bundesnetzagentur bekannt gemacht werden (§ 73 Abs. 1a S. 2 EnWG). Die Festlegung gilt gemäß § 73 Abs. 1a S. 3 EnWG mit dem Tage als zugestellt, an dem seit dem Tag der Bekanntmachung im Amtsblatt der Bundesnetzagentur zwei Wochen verstrichen sind.

## **Rechtsmittelbelehrung**

Gegen diesen Beschluss kann binnen einer Frist von einem Monat nach Zustellung Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde ist schriftlich bei der Bundesnetzagentur (Hausanschrift: Tulpenfeld 4, 53113 Bonn) einzureichen. Es genügt, wenn die Beschwerde innerhalb der Frist bei dem Oberlandesgericht Düsseldorf (Hausanschrift: Cecilienallee 3, 40474 Düsseldorf) eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat. Sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss die Erklärung, inwieweit der Beschluss angefochten und seine Abänderung oder Aufhebung beantragt wird, und die Angabe der Tatsachen und Beweismittel, auf die sich die Beschwerde stützt, enthalten. Die Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung (§ 76 Abs. 1 EnWG).

Vorsitzender

Beisitzer

Beisitzer

Bourwieg

Albrecht

Petermann